

Mitteilung des Senats vom 9. März 2010**Viertes Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts**

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf des Vierten Gesetzes zur Bereinigung des bremischen Rechts mit der Bitte um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung noch in der nächsten Sitzung.

Erläuterungen zum Gesetzesvorhaben

Neue Gesetze und Verordnungen werden in Bremen seit 2004 grundsätzlich auf fünf Jahre befristet. Wenn Gesetze und Vorschriften nicht befristet werden sollen, muss begründet werden, dass die Entfristung notwendig ist. Die Normen werden vor Ablauf der Frist durch die zuständigen Ressorts eigenverantwortlich überprüft; vergleiche Drs. 16/270 S bzw. Drs. 16/1122.

Der Normenbestand wurde während der Rechtsbereinigung in den Jahren 2004 bis 2006 überprüft. Im Ergebnis sind rund ein Drittel davon auf fünf Jahre befristet worden. 2009 wurden nach einer ersten Überprüfung dieses bereinigten und teilweise befristeten Rechtsbestands 31 Normen erneut befristet, bei acht Normen wurde die Befristung aufgehoben und weitere acht Normen fielen weg. In diesem Jahr steht erneut eine Entscheidung darüber an, ob die Frist für in 2010 auslaufende Normen um weitere fünf Jahre verlängert wird oder nicht.

Die einschlägigen Normen wurden überprüft. Im Ergebnis legt der Senat der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesetzesentwurf mit Begründung vor, der die entsprechenden Normen des Landesrechts benennt,

- die um weitere fünf Jahre befristet werden sollen (115),
- deren Befristung aufgehoben werden soll (2).

Die Mehrzahl der Normen hat sich damit bewährt. Sie sollen weiterhin in Kraft bleiben. Zu diesem Zweck wird ihre Gültigkeit entsprechend verlängert. Bei einigen wenigen Normen hat sich anlässlich dieser Überprüfung im Nachhinein herausgestellt, dass sie unter die Ausnahmeregeln fallen, die in den zitierten Bürgerschaftsdrucksachen geregelt sind, und entfristet werden sollen.

Viertes Gesetz zur Bereinigung des bremischen Rechts

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1**Änderung der Befristungsdauer von Vorschriften**

(1) In § 5 Satz 2 der Bremischen Elternzeitverordnung vom 16. Juni 1986 (Brem.GBl. S. 122 – 2040-a-9), die durch die Verordnung vom 8. April 2008 (Brem.GBl. S. 69) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(2) In § 24 der Bremischen Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. November 1990 (Brem.GBl. S. 459 – 2040-b-1), die durch die Verordnung vom 8. April 2008 (Brem.GBl. S. 69) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

- (3) In § 9 Absatz 3 Satz 2 der Verordnung über die Vergütung von Nebentätigkeiten der Beamten im bremischen öffentlichen Dienst vom 28. Juni 1983 (Brem.GBl. S. 443 – 2040-b-2), die durch die Verordnung vom 8. April 2008 (Brem.GBl. S. 69) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (4) In § 6 Absatz 3 der Verordnung über den Vorbereitungsdienst für die Lehrämter an öffentlichen Schulen vom 19. August 2008 (Brem.GBl. S. 277 – 2040-i-1) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (5) In § 11 Satz 2 des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes vom 21. Februar 1977 (Brem.GBl. S. 111 – 2040-i-2), das durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (6) In § 6 Absatz 3 der Verordnung über das Auswahlverfahren und die Vergabe von Ausbildungsplätzen für den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Bremen vom 6. April 1999 (Brem.GBl. S. 65 – 2040-i-5), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (7) In § 12 Satz 3 der Rechtspflegerausbildungsverordnung vom 23. Februar 2004 (Brem.GBl. S. 131 – 2040-k-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (8) In § 42 Absatz 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Justizdienst vom 9. Juli 1984 (Brem.GBl. S. 199 – 2040-k-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (9) In § 35 Satz 2 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Justizvollzugsdienst vom 2. November 1981 (Brem.GBl. S. 227 – 2040-k-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (10) In § 34 Satz 3 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für den allgemeinen mittleren Vollzugsdienst vom 4. September 2001 (Brem.GBl. S. 295 – 2040-k-9), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (11) In § 18 Absatz 3 des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes vom 17. Juni 1997 (Brem.GBl. S. 218 – 2040-l-1), das durch das Gesetz vom 23. Juni 2009 (Brem.GBl. S. 237) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (12) In § 8 Absatz 3 der Verordnung über die Ermäßigung der Unterrichtsverpflichtung und die Anrechnung bestimmter Aufgaben auf die Unterrichtsverpflichtung vom 21. Juni 1982 (Brem.GBl. S. 179 – 2040-l-3), die durch die Verordnung vom 9. Juni 2008 (Brem.GBl. S. 155) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (13) In § 4 Satz 2 der Verordnung über die Festlegung abweichender Unterrichtsverpflichtungen vom 8. Mai 2003 (Brem.GBl. S. 249 – 2040-l-6), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (14) In § 26 Satz 2 der Lehrerdienstordnung vom 2. August 2005 (Brem.GBl. S. 381 – 2040-l-7) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (15) In § 10 Satz 2 der Lehrerfortbildungsverordnung vom 2. August 2005 (Brem.GBl. S. 386 – 2040-l-8) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (16) In § 4 Satz 2 der Präsenzzeitverordnung vom 2. August 2005 (Brem.GBl. S. 387 – 2040-l-9) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (17) In § 84 des Bremischen Disziplinalgesetzes vom 19. November 2002 (Brem.GBl. S. 545 – 2041-a-1), das durch das Gesetz vom 19. Dezember 2006 (Brem.GBl. S. 543) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (18) In § 7 Satz 2 der Bremischen Leistungsprämien- und -zulagenverordnung vom 7. Juli 1998 (Brem.GBl. S. 201 – 2042-a-5), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(19) In § 9 Absatz 3 der Verordnung über die Ehrung bei Dienstjubiläen und die Gewährung von Jubiläumsszuwendungen vom 12. Dezember 1995 (Brem.GBl. S. 537 – 2042-h-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(20) In § 8 Satz 2 der Verordnung über die Errichtung von Teilnehmervertretungen nach § 22 b Abs. 1 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes vom 5. August 1975 (Brem.GBl. S. 317 – 2044-a-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(21) In § 14 Satz 3 des Bremischen Krankenhausdatenschutzgesetzes vom 25. April 1989 (Brem.GBl. S. 202 – 206-f-1), das durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(22) In § 6 Satz 2 der Verordnung über die Einrichtung eines automatisierten Abrufverfahrens beim Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bremerhaven für das vom Personalamt der Stadt Bremerhaven unterhaltene Personalabrechnungs-Programmsystem vom 10. Juni 1997 (Brem.GBl. S. 192 – 206-g-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(23) In § 6 Satz 2 der Verordnung über die Einrichtung eines automatisierten Abrufverfahrens beim Rechnungsprüfungsamt der Stadt Bremerhaven für das Programmsystem „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ vom 14. Oktober 1997 (Brem.GBl. S. 354 – 206-g-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(24) In § 5 Absatz 3 der Verordnung über die Muster der Meldescheine vom 17. Januar 2007 (Brem.GBl. S. 55 – 210-a-2) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(25) In § 23 Satz 2 der Verordnung zur Durchführung des Meldegesetzes, insbesondere zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen der Meldebehörden in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1990 (Brem.GBl. S. 175 – 210-a-3), die durch Verordnung vom 21. Januar 2010 (Brem.GBl. 2010 S. 137) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(26) In § 54 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten vom 19. Dezember 2000 (Brem.GBl. S. 471 – 2120-a-2), das durch das Gesetz vom 23. Juni 2009 (Brem.GBl. S. 233) geändert worden ist, wird die Angabe „30. Juni 2010“ durch die Angabe „31. Dezember 2015“ ersetzt.

(27) In § 9 Satz 2 der Verordnung über den Psychiatrieausschuss des Landes Bremen vom 30. Oktober 2001 (Brem.GBl. S. 365 – 2120-a-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(28) In § 4 des Gesetzes zur Übertragung von Aufgaben im Rahmen von Unterbringungen nach § 126 a der Strafprozessordnung vom 2. Dezember 2003 (Brem.GBl. S. 389 – 2120-a-5), das durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(29) In § 8 Satz 2 des Schwangerenberatungsgesetzes vom 28. März 2006 (Brem.GBl. S. 147 – 2120-a-6) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(30) In § 44 Satz 2 des Gesundheitsdienstgesetzes vom 27. März 1995 (Brem.GBl. S. 175, 366 – 2120-f-1), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 (Brem.GBl. S. 22) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(31) In § 16 Satz 2 der Verordnung über die Ethikkommission des Landes Bremen vom 28. November 1996 (Brem.GBl. S. 347 – 2120-f-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(32) In § 7 Satz 2 der Kosten- und Entschädigungsordnung der Ethikkommission des Landes Bremen vom 15. Juli 1997 (Brem.GBl. S. 271 – 2120-f-4), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

- (33) In § 6 Satz 2 der Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten in Behörden und Einrichtungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes vom 15. Dezember 1999 (Brem.GBl. 2000 S. 2, 32 – 2120-f-5), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (34) In § 10 Satz 3 der Verordnung über die Aufbewahrung und Verabreichung von Arzneimitteln in Alten- und Pflegeheimen vom 15. Mai 2001 (Brem.GBl. S. 179 – 2120-f-7), die durch das Gesetz vom 16. Dezember 2008 (Brem.GBl. 2009 S. 22) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (35) In § 5 Satz 3 der Verordnung über die Weiterbildung von Ärzten in dem Gebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“ vom 10. November 1998 (Brem.GBl. S. 334 – 2122-a-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (36) In § 10 Satz 2 der Verordnung über die Weiterbildung von Tierärzten in dem Gebiet „Öffentliches Veterinärwesen“ vom 8. Januar 1997 (Brem.GBl. S. 93 – 2122-a-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (37) In § 33 Satz 3 der Wahlordnung für die Wahl zu den Delegiertenversammlungen der Ärzte- und Zahnärztekammer Bremen vom 2. Juni 1987 (Brem.GBl. S. 187 – 2122-b-3), die durch das Gesetz vom 23. Oktober 2007 (Brem.GBl. S. 476) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (38) In § 3 Satz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Hebammenrechts vom 26. September 1989 (Brem.GBl. S. 356 – 2124-a-1), das durch das Gesetz vom 23. Oktober 2007 (Brem.GBl. S. 476) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (39) In § 10 Satz 3 der Berufsordnung für Hebammen und Entbindungspfleger vom 30. Januar 1990 (Brem.GBl. S. 67, 142 – 2124-a-2), die durch das Gesetz vom 23. Oktober 2007 (Brem.GBl. S. 476) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (40) In § 10 Satz 2 der Berufsordnung für Gesundheits- und Krankenpflegerinnen, Gesundheits- und Krankenpfleger, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerinnen und Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger im Lande Bremen vom 1. Oktober 2004 (Brem.GBl. S. 516 – 2124-h-2), die durch das Gesetz vom 23. Oktober 2007 (Brem.GBl. S. 476) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (41) In § 3 Satz 2 der Verordnung über das Buchführungsverfahren nach dem Weinrecht vom 26. Oktober 1999 (Brem.GBl. S. 261 – 2125-b-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (42) In § 12 Satz 2 des Gesetzes über das Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen vom 23. September 1997 (Brem.GBl. S. 337, 1998 S. 93 – 2127-a-1), das durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (43) In § 4 Satz 2 der Verordnung über die Bestimmung der Vertrauensstelle und der Registerstelle des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen vom 3. Dezember 1997 (Brem.GBl. S. 614 – 2127-a-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (44) In § 10 Satz 2 der Verordnung über den wissenschaftlichen Beirat des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen vom 15. September 1998 (Brem.GBl. S. 249 – 2127-a-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (45) In § 6 Satz 3 der Infektionshygiene-Verordnung vom 10. November 2005 (Brem.GBl. S. 581 – 2127-b-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (46) In § 25 Satz 2 des Gesetzes über das Leichenwesen vom 27. Oktober 1992 (Brem.GBl. S. 627 – 2127-c-1), das durch das Gesetz vom 24. März 2009 (Brem.GBl. S. 87) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

- (47) In § 7 Satz 2 der Verordnung über die Bestimmung und Aufgaben des Bremer Mortalitätsindex vom 4. April 2002 (Brem.GBl. S. 52 – 2127-c-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (48) In § 14 Satz 2 der Krankenhaushygieneverordnung vom 9. April 1990 (Brem.GBl. S. 141 – 2128-b-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (49) In § 9 der Verordnung über die pauschale Förderung nach § 11 Abs. 9 des Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 2003 (Brem.GBl. S. 347 – 2128-b-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (50) In § 15 Absatz 3 der Bremischen Feuerungsverordnung vom 18. Februar 2000 (Brem.GBl. S. 33 – 2130-d-17), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (51) In § 28 Absatz 3 des Gesetzes über die Ausbildung in der Altenpflege vom 17. Dezember 1996 (Brem.GBl. S. 379 – 2163-a-1), das durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (52) In § 41 Satz 2 der Altenpflegeverordnung vom 26. August 1999 (Brem.GBl. S. 231 – 2163-a-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (53) In § 3 Satz 3 der Verordnung über den Nachweis der künstlerischen Befähigung beim Hochschulzugang vom 25. Juni 1996 (Brem.GBl. S. 189 – 221-b-4), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (54) In § 10 Satz 2 der Verordnung über den Erwerb der fachgebundenen Hochschulreife nach § 33 Abs. 5 des Bremischen Hochschulgesetzes vom 31. Juli 1990 (Brem.GBl. S. 251 – 221-b-5), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (55) In § 34 Absatz 3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lehrämter vom 14. Februar 2008 (Brem.GBl. S. 29 – 221-i-3) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (56) In § 2 Satz 2 der Verordnung über die Bestimmung des Dienstvorgesetzten der in der Staats- und Universitätsbibliothek tätigen Bediensteten vom 25. Februar 1986 (Brem.GBl. S. 53 – 221 -m-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (57) In § 14 Satz 2 des Bremischen Studienkontengesetzes vom 18. Oktober 2005 (Brem.GBl. S. 550 – 221-t-1), das durch das Gesetz vom 27. Februar 2007 (Brem.GBl. S. 157) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (58) In § 34 Absatz 3 der Zeugnisordnung vom 14. Juli 1997 (Brem.GBl. S. 247, 321 – 223-a-8), die durch die Verordnung vom 15. Juni 2008 (Brem.GBl. S. 153) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (59) In § 8 Absatz 3 der Übergangs- und Überführungsverordnung vom 14. Juli 1997 (Brem.GBl. S. 260 – 223-a-9), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (60) In § 4 Absatz 3 der Verordnung über die Zuerkennung eines mit dem Abschluß einer öffentlichen Schule vergleichbaren Bildungsstandes vom 25. Februar 1994 (Brem.GBl. S. 101 – 223-a-14), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (61) In § 5 Satz 2 der Verordnung über die Anforderungen an die Kenntnisse der deutschen Sprache als Voraussetzung für die Einschulung in eine Regelklasse vom 11. Juli 2005 (Brem.GBl. S. 313 – 223-a-15) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (62) In § 18 der Verordnung über die Gymnasiale Oberstufe vom 1. August 2005 (Brem.GBl. S. 332 – 223-a-16), die durch die Verordnung vom 3. November 2008 (Brem.GBl. S. 360) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

- (63) In § 21 Satz 2 der Sonderpädagogikverordnung vom 24. April 1998 (Brem.GBl. S. 113, 174 – 223-a-22), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (64) In § 10 Absatz 2 der Verordnung über die Bildungsgänge der Sekundarschulen für Erwachsene im Lande Bremen vom 22. Mai 2009 (Brem.GBl. S. 186 – 223-a-24) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (65) In § 21 Satz 2 der Elternvertretungsverordnung vom 7. Juni 1979 (Brem.GBl. S. 255 – 223-b-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (66) In § 3 Satz 3 der Verordnung über die Teilnahmeverpflichtung an ärztlichen Untersuchungen für Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen, an Sekundarschulen und an Förderzentren im Lande Bremen vom 18. Juli 1997 (Brem.GBl. S. 286 – 223-b-9), die durch die Verordnung vom 30. Juni 2008 (Brem.GBl. S. 233) geändert worden ist, wird die Angabe „31. Juli 2010“ durch die Angabe „31. Dezember 2015“ ersetzt.
- (67) In § 5 Satz 2 der Verordnung zur staatlichen Anerkennung der Kosmetikerinnen und Kosmetiker im Lande Bremen vom 5. Oktober 1990 (Brem.GBl. S. 299 – 223-d-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (68) In § 31 Absatz 4 der Verordnung über die Fachschule für Heilerziehungspflege vom 11. Juni 2002 (Brem.GBl. S. 229, 534 – 223-d-6), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (69) In § 12 Absatz 3 der Verordnung über die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen nach dem Bremischen Bildungsurlaubsgesetz vom 24. Januar 1983 (Brem.GBl. S. 3 – 223-i-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (70) In § 12 Absatz 3 der Berufsschulverordnung vom 4. Juni 1997 (Brem.GBl. S. 263 – 223-k-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (71) In § 30 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung über die Berufsfachschule für das Nahrungsgewerbe vom 5. August 2005 (Brem.GBl. S. 419 – 223-k-6) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (72) In § 27 Absatz 5 der Verordnung über die kaufmännische Berufsfachschule im Lande Bremen vom 5. September 1994 (Brem.GBl. S. 261 – 223-k-7), die durch die Verordnung vom 31. August 2009 (Brem.GBl. S. 321) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (73) In § 30 der Verordnung über die Berufsfachschule für hauswirtschaftliche Dienstleistungen vom 5. August 2005 (Brem.GBl. S. 401 – 223-k-8) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (74) In § 9 Satz 3 der Verordnung über die Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß im Lande Bremen vom 4. Juli 1996 (Brem.GBl. S. 225 – 223-k-10), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (75) In § 30 Satz 2 der Verordnung über die Berufsfachschule für Hauswirtschaft und Soziales vom 5. August 2005 (Brem.GBl. S. 410 – 223-k-11) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (76) In § 33 Absatz 4 der Verordnung über die Ausbildung und die Prüfung in den angegliederten Bildungsgängen (Fachschulen) für Nautik, Schiffsbetriebstechnik und Seefunk an den Hochschulen im Lande Bremen vom 24. Juli 1992 (Brem.GBl. S. 269 – 223-k-12), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (77) In § 29 Satz 2 der Verordnung über die Berufsoberschule vom 5. August 2005 (Brem.GBl. S. 446 – 223-k-13), die durch die Verordnung vom 31. August 2009 (Brem.GBl. S. 341) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.
- (78) In § 11 Absatz 5 der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Berufsgrundbildungsjahr im Lande Bremen vom 28. Juni 1988 (Brem.GBl. S. 187 – 223-k-15), die

durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(79) In § 26 Absatz 5 der Fachschulordnung Hauswirtschaft vom 5. März 1991 (Brem.GBl. S. 139 – 223-k-16), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(80) In § 30 Satz 2 der Verordnung über die Berufsfachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe vom 5. August 2005 (Brem.GBl. S. 428 – 223-k-17) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(81) In § 27 Absatz 4 der Ordnung der Zulassung, der Ausbildung und der Prüfung an privaten Berufsfachschulen für Kosmetik im Lande Bremen vom 11. Juli 1989 (Brem.GBl. S. 327 – 223-k-21), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(82) In § 29 Absatz 3 der Verordnung über die Berufsfachschule für Fremdsprachen in Wirtschaft und Verwaltung vom 28. Februar 1991 (Brem.GBl. S. 123 – 223-k-22), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(83) In § 8 Absatz 3 der Verordnung über die Berufsfachschule für Gesundheit, Hauswirtschaft und Sozialwesen im Lande Bremen vom 24. September 1991 (Brem.GBl. S. 399 – 223-k-24), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(84) In § 30 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung über die Berufsfachschule für Gesundheit vom 5. August 2005 (Brem.GBl. S. 437 – 223-k-25) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(85) In § 14 Satz 2 der Verordnung über ausbildungsvorbereitende Bildungsgänge im Lande Bremen vom 10. Oktober 1993 (Brem.GBl. S. 343 – 223-k-26), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(86) In § 28 Satz 2 der Verordnung über den doppelqualifizierenden Bildungsgang einer einjährigen Berufsfachschule in Verbindung mit einer Berufsausbildung und dem Abschluss der Fachhochschulreife vom 31. Juli 2000 (Brem.GBl. S. 339 – 223-k-29), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(87) In § 8 der Verordnung für die Schulen für Erwachsene im Lande Bremen vom 22. Juni 2006 (Brem.GBl. S. 337 – 223-l-4a) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(88) In § 12 der Verordnung über den Bildungsgang des Kollegs vom 22. Juni 2006 (Brem.GBl. S. 339 – 223-l-4b), die durch die Verordnung vom 3. November 2008 (Brem.GBl. S. 360) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(89) In § 13 der Verordnung über den Bildungsgang des Abendgymnasiums vom 22. Juni 2006 (Brem.GBl. S. 341 – 223-l-4c) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(90) In § 10 Absatz 4 der Verordnung über den doppelqualifizierenden Bildungsgang der Berufsfachschule für Assistenten mit dem Abschluss der Allgemeinen Hochschulreife vom 7. Juni 2002 (Brem.GBl. S. 217 – 223-m-1), die durch die Verordnung vom 3. November 2008 (Brem.GBl. S. 360) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(91) In § 19 Satz 2 der Verordnung über den Erwerb der Abschlüsse durch Abschlussprüfungen im Sekundarbereich I vom 18. Juli 2005 (Brem.GBl. S. 375, 568 – 223-n-2), die durch die Verordnung vom 5. Juni 2009 (Brem.GBl. S. 210) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(92) In § 5 Satz 2 der Verordnung über die Zuerkennung eines mit dem Abschluß einer öffentlichen Realschule vergleichbaren Bildungsstandes für Inhaber des Zeugnisses über eine erfolgreich abgelegte Fortbildungsprüfung vom 13. März 1992 (Brem.GBl. S. 57 – 223-n-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(93) In § 18 Absatz 4 der Ordnung der Prüfung für den Hochschulzugang von besonders befähigten Berufstätigen vom 3. März 1983 (Brem.ABl. S. 315 – 223-n-6), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(94) In § 11 Absatz 3 der Verordnung über Ergänzungsprüfungen in Latein, Griechisch, Hebräisch vom 13. August 1984 (Brem.GBl. S. 223 – 223-n-7), die durch die Verordnung vom 15. Januar 2008 (Brem.GBl. S. 3) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(95) In § 30 Absatz 4 der Verordnung über den berufsbegleitenden Bildungsgang zur Erzieherin und zum Erzieher sowie zur Heilerziehungspflegerin und zum Heilerziehungspfleger vom 21. Mai 2002 (Brem.GBl. S. 163 – 223-o-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(96) In § 29 Absatz 4 der Verordnung über die Fachschule für Sozialpädagogik vom 21. Mai 2002 (Brem.GBl. S. 151 – 223-o-4), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(97) In § 26 Absatz 5 der Verordnung über die Berufsfachschule für Assistenten vom 10. Juli 1992 (Brem.GBl. S. 239 – 223-o-5), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(98) In § 5 Absatz 3 der Verordnung über das Verfahren bei der Befreiung vom Unterricht und bei Schulversäumnissen vom 16. Mai 1986 (Brem.GBl. S. 105 – 223-r-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(99) In § 19 Satz 3 des Landesstatistikgesetzes vom 11. Juli 1989 (Brem.GBl. S. 277 – 280-a-1), das durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(100) In § 4 Satz 3 der Verordnung über die Strafkammer und die Strafvollstreckungskammer in Bremerhaven vom 3. Dezember 1974 (Brem.GBl. S. 337 – 300-a-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(101) In § 2 Satz 2 der Verordnung über den gemeinsamen Bereitschaftsdienst bei den Amtsgerichten Bremen und Bremen-Blumenthal vom 25. November 2002 (Brem.GBl. S. 579 – 300-a-4), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(102) In § 5 Absatz 2 der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr im Land Bremen vom 18. Dezember 2006 (Brem.GBl. S. 548 – 300-g-1), die durch Artikel 2 der Verordnung vom 24. November 2009 (Brem.GBl. S. 519) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(103) In § 5 Satz 2 der Verordnung über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Rechtsreferendare vom 26. September 2000 (Brem.GBl. S. 373 – 301-b-6), die durch die Verordnung vom 17. März 2009 (Brem.GBl. S. 69) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(104) In § 2 Satz 2 der Verordnung über das In-Kraft-Setzen der Vorschrift des § 6 des Grundbuchbereinigungsgesetzes vom 23. Oktober 2001 (Brem.GBl. S. 363 – 315-c-4), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(105) In § 7 Satz 2 der Verordnung über die Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch freie Arbeit vom 11. Januar 1982 (Brem.GBl. S. 9 – 45-m-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(106) In § 18 Satz 3 der Verordnung über das Finanz- und Rechnungswesen der Universität Bremen, der Hochschule Bremen, der Hochschule für Künste, der Hochschule Bremerhaven und der Staats- und Universitätsbibliothek vom 18. Juni 2004 (Brem.GBl. S. 303 – 63-m-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(107) Die Verordnung über die Verfahren vor dem Eintragungsausschuß der Ingenieurkammer der Freien Hansestadt Bremen vom 12. Juli 1994 (Brem.GBl. S. 217 – 711-f-2), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 13 wird folgender Satz angefügt:

„Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2015 außer Kraft.“

2. § 14 wird aufgehoben.

(108) In § 2 Absatz 3 der Verordnung über zusätzliche Gegenstände des Wochenmarktverkehrs vom 16. September 1988 (Brem.GBl. S. 297 – 7132-a-3), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(109) In § 25 Satz 4 der Körungsordnung vom 20. Dezember 1928 (SaBremR – 7824-a-1), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(110) In § 11 Satz 3 des Bremischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz vom 8. April 2003 (Brem.GBl. S. 171 – 7831-a-1), das durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(111) In § 5 der Bremischen Verordnung zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 vom 19. April 2005 (Brem.GBl. S. 144 – 7831-c-1) wird die Angabe „30. April 2010“ durch die Angabe „31. Dezember 2015“ ersetzt.

(112) In § 5 Satz 2 der Verordnung über die unschädliche Beseitigung von Kleintierkörpern vom 3. Dezember 1981 (Brem.GBl. S. 272 – 7831-k-2), die durch das Gesetz vom 21. November 2006 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(113) In § 6 Satz 2 der Verordnung für die Gestaltung barrierefreier Informationstechnik nach dem Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz vom 27. September 2005 (Brem.GBl. S. 531 – 86-e-2) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(114) In § 8 Satz 2 der Bremischen Verordnung über barrierefreie Dokumente vom 27. September 2005 (Brem.GBl. S. 541 – 86-e-3) wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

(115) In § 7 Satz 2 der Bremischen Kommunikationshilfenverordnung vom 27. September 2005 (Brem.GBl. S. 542 – 86-e-4), die durch die Verordnung vom 12. September 2006 (Brem.GBl. S. 376) geändert worden ist, wird die Angabe „2010“ durch die Angabe „2015“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung von Vorschriften zum Wegfall von Befristungen

(1) § 14 des Bremischen Abwasserabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Mai 1989 (Brem.GBl. S. 267 – 2129-f-1), das zuletzt durch Gesetz vom 21. November 2009 (Brem.GBl. S. 457) geändert worden ist, wird aufgehoben.

(2) § 18 Satz 2 des Bremischen Waldgesetzes vom 31. Mai 2005 (Brem.GBl. S. 207, 314, 399 – 790-a-8) wird aufgehoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Durch das Gesetz werden notwendige Anpassungen an bremischen Normen vorgenommen. Auslöser für die Änderungen ist die in den vergangenen Jahren erfolgte Rechtsbereinigung. Die Bürgerschaft (Landtag) hatte auf ihrer 78. Sitzung am 15. Mai 2003 den Senat u. a. aufgefordert, bei neuen Vorschriften eine Befristung von fünf Jahren vorzusehen und bestehende Normen auf eine mögliche Befristung hin zu überprüfen (Beschluss-Nr. 15/1305). Es wurde vereinbart,

dass sowohl das Orts- als auch das Landesrecht überprüft und die Normen nach Möglichkeit mit einem Befristungsdatum versehen werden sollen. Dem Grundsatz nach werden seitdem alle Gesetze und Verordnungen befristet und nur nach einer Überprüfung in ihrer Geltungsdauer verlängert. Die Überprüfung wird eigenverantwortlich durch die zuständigen Ressorts vorgenommen. Ausnahmen von einer Befristung sind klar geregelt. Zu den Details wird auf Teil B der Begründung verwiesen.

B. Im Einzelnen

1. Zu Artikel 1

Diese Normen sind im Rahmen der Rechtsbereinigung und der Deregulierung in ihrer Gültigkeit befristet worden. Ihr Fortbestand ist im Ergebnis der eigenverantwortlichen Evaluation durch das zuständige Ressort auch über dieses Datum hinaus erforderlich, sodass eine Verlängerung um fünf Jahre bis zum Jahr 2015 vorgenommen wird.

2. Zu Artikel 2

Die genannten Normen sollen entfristet werden, da sie in eine der festgelegten Ausnahmekategorien fallen; hier: Regelung eines Gebührentatbestands im Falle des Bremischen Abwasserabgabengesetzes bzw. Umsetzung von unbefristetem Bundesrecht im Falle des Bremischen Waldgesetzes.

3. Zu Artikel 3

Artikel 3 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.